

Parteien - empirische Untersuchungen eines Fachkonzepts für den Politikunterricht

Weißeno, Georg; Götzmann, Anke; Eck, Valentin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weißeno, G., Götzmann, A., & Eck, V. (2008). Parteien - empirische Untersuchungen eines Fachkonzepts für den Politikunterricht. In *Diversity Studies und politische Bildung* (S. 136-149). Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71254-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Parteien – empirische Untersuchungen eines Fachkonzepts für den Politikunterricht

Ein wesentliches Ziel des Politikunterrichts ist die Vermittlung von Fachkonzepten durch die Förderung der Begriffsbildung. Im Sinne einer *Civic Literacy* (Richter 2006; Weißeno, Eck & Götzmann 2008a) bedarf es einer Festlegung der Sachkenntnisse und der domänen- bzw. bereichsspezifischen Fertigkeiten. Schüler/-innen als Novizen haben noch keinen nach politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten organisierten Wissenskörper. Deshalb werden ihnen im Unterricht Fachbegriffe vermittelt. Allerdings fehlt bislang ein Modell von Basis- und Fachkonzepten, das die Fachbegriffe nach lernpsychologischen Gesichtspunkten und im Sinne der Politikwissenschaft strukturiert. Auch die Kerncurricula/Lehrpläne der Länder bieten hierfür wenig Anhaltspunkte. Sie werden zudem von verschiedenen Interessengruppen wie Parteien, Kirchen, Verbänden und Standesorganisationen der Lehrer/-innen beeinflusst und entsprechen keinen wissenschaftlichen Standards. Es ist Aufgabe der Politikdidaktik, Begriffsmodelle kriterial und empirisch zu entwickeln.

1. Theoretischer Hintergrund der Studie

Die Festlegung der Fachkenntnisse hat die Fachdidaktik bisher weitgehend den Lehrer/-innen überlassen. Sie haben als Expert/-innen für den Unterricht die Struktur der Inhalte in den Richtlinien festgelegt. Wissenschaftler/-innen waren selten Mitglied der Kommissionen. Der in den Kerncurricula ausgewiesene fachliche Bedarf wird dabei nicht auf der Basis empirischer Ergebnisse, sondern auf Grund der Anforderungen in der Gesellschaft und im politischen Bereich bestimmt. Die Schüler/-innen als Novizen haben sich mit den so ausgewählten Gegenstandsbereichen zu beschäftigen und ihr Weltwissen durch einen wissenschaftlichen Erkenntnisstand – so der Anspruch – zu erweitern. Welcher Erkenntnisstand dabei für die Inhalte zugrunde gelegt und vermittelt wird, ist in den Kerncurricula meist nicht konkret ausgewiesen. Es fehlt mithin ein lernpsychologisch und kriterial begründetes fachdidaktisches Wissensmodell für den Politikunterricht.

Zu vermuten ist, dass das zu erstellende Begriffsmodell zu ‚Parteien‘ zu einem fachdidaktischen Wissensmodell gehören wird, wenn sich die Politikdidaktik auf Basis- und Fachkonzepte verständigt. Deshalb ist das Fachkonzept ‚Parteien‘

für die vorliegenden Untersuchungen ausgewählt worden. Wissen über Parteien gehört zu einem Grundmodell einer „Civic Literacy“, das die Stufen einer wissenschaftlich orientierten Grundbildung definiert (Bybee 1997; Weißeno 2008c). Hierzu gehören

1. das Faktenwissen und die korrekte Verwendung von politikwissenschaftlichen Begriffen wie z.B. Volkspartei, Opposition, Verfassung (funktionale Civic Literacy),
2. das Verständnis zentraler Konzepte und Verfahren wie z.B. die Bestellung öffentlicher Ämter, die Parteienkonkurrenz im demokratischen System, die Effizienz (konzeptuelle und prozedurale Civic Literacy) und schließlich
3. ein Verständnis der Besonderheiten politikwissenschaftlichen Denkens, das z.B. die Stimmenmaximierung im Wahlkampf politisch einzuschätzen und von einer ökonomischen Profitmaximierung zu unterscheiden vermag.

Die Civic Literacy beschreibt die überprüfbare Politikkompetenz, während die Qualifikationen oder Schlüsselfragen im Sinne der bildungstheoretischen Politikdidaktik Aspekte einer gewünschten Weltmodellierung aufschließen.

Basis- und Fachkonzepte konkretisieren die inhaltsbezogenen Kompetenzen und Wissensstrukturen, mit denen die Schüler/-innen grundlegende bereichsspezifische Handlungsanforderungen als zukünftige Bürger/-innen bewältigen können. Kompetenzmodelle beschreiben die Struktur und Entwicklungsverläufe der Kompetenzen. Sie müssen empirisch geprüft, kognitionspsychologisch und politikdidaktisch theoretisch begründet sein. Das in dem Beitrag vorgelegte Begriffsmodell zum Fachkonzept ‚Parteien‘, das zur Dimension Fachwissen in einem Kompetenzmodell gehört, ist empirisch und kriterial gewonnen. Mit der Studie wird versucht, über die von Wissenschaftler/-innen vorgenommenen Einzelbeobachtungen und kritischen Reflexionen eigener Erfahrungen durch die Einbeziehung einer größeren Anzahl von Experten/-innen hinauszukommen und erste empirische Evidenzen zu finden. Gleichwohl ist das Begriffsmodell lernpsychologisch nicht begründet, da bisher offen ist, wie die Schüler/-innen mit der Wissensstruktur in Anwendungssituationen umgehen. Des Weiteren ist es kriterial durch die Sichtung weiterer politikwissenschaftlicher Begriffsmodelle zu überprüfen. Es liefert aber erste Anhaltspunkte für eine politikdidaktische Diagnostik, die in Anschlussstudien zu ergänzen und zu überprüfen sind.

In der Expertiseforschung wird betont, dass der Umfang des bereichsspezifischen Vorwissens den Erfolg beim Lösen von Problemen erheblich beeinflusst (Gruber 2006). Novizen nutzen Wissen über einzelne Begriffe, das sie über Beispielaufgaben im Unterricht erworben haben. Selbstredend müssen Lernende durch anhaltende Übungen und Aufnahme deklarativen Wissens ihr Expertentum im Laufe der Schulzeit verbessern. Sie erwerben im Laufe der Schulzeit jene Wissenskomponenten z.B. zu ‚Parteien‘, die notwendigerweise im vollständigen Wissenskörper

eines Fachkonzepts für die Civic Literacy enthalten sein müssen. Der für die Studie benutzte Wort-Assoziation-Test ist eine direkte wissenerfassende Methode (Rothe & Schindler 1996, S. 49 ff). Mit ihm kann der Vergleich der Wissenskörper bei unterschiedlichen Expertengruppen erhoben werden (Patel & Groen 1991), im vorliegenden Fall der Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Fachstudierenden und der Professor/-innen.

An der vorliegenden Studie (N=100) haben sich diese Expertengruppen beteiligt. Professor/-innen (n=27) verfügen über eine hohe Kompetenz und Erfahrung im Bereich der Politikwissenschaft. Sie haben umfangreiches domänenspezifisches Wissen und verfügen über Erfahrung in Forschung und Lehre. Lehrer/-innen (n=20) haben durch das Hochschulstudium und durch die praktische Berufsausbildung in den Studienseminaren eine Vielzahl berufsbezogener Qualifikationen erworben. Schüler/-innen haben einen relativ kurzen Erfahrungszeitraum mit dem Fachgebiet Politik und verfügen über eine begrenzte Wissensbasis. Ausgewählt wurden Schüler/-innen (n=28) zweier Leistungskurse Gemeinschaftskunde (Neigungsfach) in den Jahrgangsstufen 12 und 13. Die Studierenden (n=25) befanden sich im Hauptstudium der Politikwissenschaft. Die Gruppengrößen sind hier nur annähernd gleich groß, was bei der Interpretation der Varianzanalysen einschränkend zu berücksichtigen ist.

Als Verfahren, um zu Begriffslisten zu kommen, wurde die Form des Assoziationstests gewählt (White & Gunstone, 1992). Den Proband/-innen wurde folgende Arbeitsanweisung zugeteilt oder zugesandt: „Bitte wählen Sie zu dem Themenkomplex Parteien jeweils maximal 20 Fachbegriffe aus, die Ihnen für ein umfassendes Verständnis des Themas wichtig erscheinen.“ Sie wurden des Weiteren gebeten, politische Fachbegriffe, möglichst Abstrakta, zu verwenden. Der Fachbegriff ‚Parteien‘ dient als Stimulus für die Assoziation weiterer Begriffe. Es lassen sich folgende übergeordnete Fragestellungen für die Auswertung ableiten (Stracke 2004):

- 1.) Welche 20 Begriffe werden von allen am häufigsten assoziiert?
- 2.) Gibt es unter den 20 Begriffen solche, die von den Gruppen besonders häufig oder selten genannt werden?
- 3.) Aus welchen inhaltlichen Kategorien werden bevorzugt Begriffe assoziiert?
- 4.) Wie groß ist die Übereinstimmung der Gruppen in Bezug auf die 20 Begriffe?
- 5.) Wie groß ist die Übereinstimmung der Begriffe innerhalb der Gruppen?

Bei der Auswertung wurden alle Begriffe gesammelt und offensichtliche Begriffsüberschneidungen in der Forschergruppe diskutiert und zu einem Begriff zusammengefasst (Beispiel: Wahlsystem, Verhältniswahl, Mehrheitswahl, Direktwahl), sich einschließende Begriffe (Beispiel: Wählermilieu, Wählerschaftsgewinn, Wähler) dagegen nicht. Auf diese Weise ist ein Katalog von 187 Begriffen entstanden.

2. Assoziierte Begriffe

Die 20 Begriffe, die über alle Gruppen hinweg am häufigsten genannt wurden, zeigen ein großes Spektrum und sind doch begrenzt.

*Tabelle 1: Rangliste der zwanzig am häufigsten assoziierten Begriffe
(alle Proband/-innen, N = 100)*

Rang	Begriff	Nennhäufigkeit
1	Wahlsystem	61 %
2	Programmatik	59 %
3	Fraktion	51 %
4	Bundestag	49 %
5	Opposition	39 %
6	Parteienfinanzierung	39 %
7	Demokratie	36 %
8	Koalition	33 %
9	Bundesregierung	31 %
10	Wahlkampf	30 %
11	Abgeordnete	28 %
12	Mitglieder	25 %
13	Politische Partizipation	23 %
14	Parteistruktur	22 %
15	Verfassung	22 %
16	Parteivorsitzender	21 %
17	Volksparteien	20 %
18	Parteiengesetz	19 %
19	Interessenkonflikt	19 %
20	Parteitag	18 %

Die 20 häufigsten Begriffe, die anschließend für jede Gruppe getrennt ermittelt wurden, zeigen wie zu erwarten z.T. deutliche Unterschiede zwischen den Expertisegruppen. Um zu untersuchen, inwieweit sich die Expertisegruppen in ihren durchschnittlichen Nennhäufigkeiten bei einzelnen Begriffen unterscheiden, wurden für jeden Begriff Varianzanalysen mit anschließenden posthoc-Tests (Scheffé und Korrektur von Bonferroni) durchgeführt.

Tabelle 2: Ausgewählte Begriffe, deren Nennhäufigkeiten sich zwischen den Expertisegruppen unterscheiden, sowie Ergebnisse der Varianzanalysen

Begriff	Expertisegruppe				F _(3,95)	p	Effektgröße E
	Professor/-innen	Lehrer/-innen	Studierende	Schüler/-innen			
Fraktion	29,63 8	15,00 3	80,00 20	71,43 20	12,960	< .001	.630
Bundestag	29,63 8	20,00 4	64,00 16	75,00 21	8,307	< .001	.509
Opposition	14,81 4	20,00 4	60,00 15	57,14 16	7,111	< .001	.472
Parteienfinanzierung	59,26 16	70,00 14	32,00 8	3,57 1	12,460	< .001	.624
Koalition	3,70 1	15,00 3	52,00 13	57,14 16	10,596	< .001	.576
Bundesregierung	3,70 1	5,00 1	64,00 16	46,43 13	14,763	< .001	.680
Verfassung	33,33 9	40,00 8	20,00 5	0,00 0	5,103	< .01	.400
Parteivorsitzender	11,11 3	5,00 1	32,00 8	32,14 9	3,010	< .05	.307
Parteiengesetz	37,04 10	25,00 5	16,00 4	0,00 0	4,735	< .01	.385

Bei den Expertisegruppen gibt die erste Zahl die relative Nennhäufigkeit in Prozent an, die zweite Zahl steht für die absolute Nennhäufigkeit des Begriffs innerhalb der Gruppe.

Der F-Test für ‚Fraktion‘ ist hochsignifikant. Mindestens eine Gruppe hat den Begriff somit signifikant häufiger genannt als eine andere. Die Unterschiede können also nicht auf zufällige Stichprobenschwankungen zurückzuführen sein. Der Kruskal-Wallis-Test fällt hochsignifikant aus. Das Ergebnis bestätigt den F-Test. Man kann mit einer Fehlertoleranz $< .01$ sagen, dass sich die mittleren Nennhäufigkeiten zwischen den Gruppen insgesamt unterscheiden. Professor/-innen nennen den Begriff ‚Fraktion‘ seltener als Schüler/-innen und Studierende. Bei Lehrer/-innen ist dieser Unterschied sogar noch deutlicher. Zwischen Schüler/-innen und Studierenden sowie zwischen Professor/-innen und Lehrer/-innen besteht hingegen kein signifikanter Unterschied.

Der F-Test und der Kruskal-Wallis-Test für ‚Bundestag‘ sind hochsignifikant. Nach dem Scheffé-Test nennen Schüler/-innen den Begriff ‚Bundestag‘ häufiger als Lehrer/-innen und Professor/-innen. Studierende unterscheiden sich nur von Lehrer/-innen schwach signifikant, die den Begriff seltener nennen. Knapp insignifikant ist dagegen der Abstand zwischen Professor/-innen und Studierenden. Betrachtet man allerdings den Bonferroni-Test, so fällt auf, dass hier der Unterschied gerade noch signifikant ist. In der Tendenz liegt die mittlere Nennhäufigkeit von ‚Bundestag‘ bei Studierenden etwas über der von Professor/-innen.

Studierende und Schüler/-innen nennen den Begriff ‚Opposition‘ im Mittel signifikant häufiger als Professor/-innen. Die Nennhäufigkeit bei Studierenden liegt etwas höher als bei Lehrer/-innen. Knapp insignifikant ($p=.053$) ist dagegen der Unterschied zwischen Lehrer/-innen und Schüler/-innen. Im Bonferroni-Test liegt p allerdings noch unter $.05$, d.h. tendenziell nennen auch Schüler/-innen ‚Opposition‘ etwas öfter als Lehrer/-innen. Keine Unterschiede bestehen zwischen Professor/-innen und Lehrer/-innen sowie Schüler/-innen und Studierenden.

Die Nennhäufigkeit des Begriffes ‚Parteienfinanzierung‘ liegt im Mittel bei Professor/-innen und Lehrer/-innen deutlich höher als bei Schüler/-innen. Lehrer/-innen nennen den Begriff auch etwas häufiger als Studierende. Zwischen Professor/-innen und Lehrer/-innen, zwischen Schüler/-innen und Studierenden sowie zwischen Professor/-innen und Studierenden besteht wiederum kein Unterschied.

Studierende und Schüler/-innen nennen ‚Koalition‘ häufiger als Professor/-innen und Lehrer/-innen. Besonders groß ist dabei der Abstand zwischen Professor/-innen und Schüler/-innen. Lehrer/-innen und Professor/-innen sowie Schüler/-innen und Studierende weichen in ihrer durchschnittlichen Nennhäufigkeit des Begriffes nicht signifikant voneinander ab. Die mittlere Häufigkeit, mit der Schüler/-innen und Studierende den Begriff ‚Bundesregierung‘ nennen, liegt deutlich über der von Professor/-innen und Lehrer/-innen. Am größten ist dabei der Abstand von Professor/-innen zu Studierenden.

Schüler/-innen nennen den Begriff ‚Verfassung‘ seltener als Lehrer/-innen und etwas seltener als Professor/-innen. Ansonsten zeigen sich keine signifikanten

Unterschiede zwischen den Expertisegruppen. Bei ‚Parteivorsitzender‘ liegt der eher seltene Fall vor, dass der F-Test und der Kruskal-Wallis-Test noch schwach signifikant sind, sich aber im Post-hoc-Einzelvergleich weder mit Scheffé noch mit Bonferroni Gruppenunterschiede ergeben. Auch in der Tendenz sind die Mittelwertsabstände der Nennhäufigkeiten zu gering, als dass man eine allgemeine Aussage machen könnte. Professor/-innen nennen ‚Parteiengesetz‘ im Mittel häufiger als Schüler/-innen. Ansonsten bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen.

Die Effektgröße E gibt an, wie stark die Unterschiede zwischen den Expertisegruppen in der Nennhäufigkeit der einzelnen Begriffe ausgeprägt sind, denn auch bei einem positiven Ergebnis des Signifikanztests müssen die Unterschiede nicht groß sein. Sie errechnet sich als Quotient der Streuung der erwarteten Gruppenmittelwerte und der Streuung der Nennhäufigkeit innerhalb der Gruppen (vgl. Bortz & Döring, 2006, S. 614f). Gemäß der Klassifikation von Bortz & Döring sind Werte $>.40$ als starke Effektgrößen anzusehen. Somit zeigen sich bei sieben Begriffen starke Effekte, während bei den Begriffen ‚Parteivorsitzender‘ und ‚Parteiengesetz‘ die Unterschiede in der Nennhäufigkeit mittel ausgeprägt sind.

Fraktionen sind die Parteien im Parlament und die Träger der Parlamentsarbeit. In der schulischen Wirklichkeit, die sich bei Schüler/-innen und vermutlich noch bei Studierenden spiegelt, wird weniger zwischen den Konzepten ‚parlamentarisches Regierungssystem‘ und ‚Parteien‘ unterschieden. Darauf weist die höhere Nennhäufigkeit hin. Professor/-innen und Lehrer/-innen nennen den Begriff ‚Fraktion‘ eher selten.

Ähnlich lässt sich das Ergebnis für die Begriffe ‚Bundestag‘ und ‚Opposition‘ interpretieren, die die Schüler/-innen und Studierenden gleichfalls häufiger nennen. Alle drei Begriffe sind zentral für ein Fachkonzept ‚parlamentarisches System‘, eher indirekt für Parteien. Parteien sind zwar eine Erklärungsvariable für die bundesrepublikanische parlamentarische Demokratie, aber der Parlamentarismus erklärt empirisch nicht hinreichend die Stabilität unseres Parteiensystems. Die Konfigurationen des Parteiensystems sind auch abhängig von der jeweiligen Konfliktstruktur. Diese wenigen Hinweise erklären möglicherweise, dass das Schulwissen der Schüler/-innen und teilweise noch der Studierenden einer eigenen Betrachtungsweise folgt. Zu fragen ist, ob der Politikunterricht hier die richtigen Weichen für die Strukturierung des Wissens stellt. Auch aus einer demokratietheoretischen Sichtweite ist es problematisch, wenn der Einfluss der Parteien so stark auf öffentlich-rechtliche Institutionen (z.B. das Parlament) bezogen wird. Das relativ einseitige Bild eines Parteienstaates kann Ausdruck des Schulwissens sein.

Der Begriff ‚Parteienfinanzierung‘ ist anders zu interpretieren. Er kann kritisch oder einflussstheoretisch betrachtet werden. Öffentliche Förderung, Mitglieds-

beiträge und Parteispenden sind für die Parteien zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich.

Insofern ist er zentral für ein Fachkonzept ‚Parteien‘ und wird dementsprechend häufig von Professor/-innen und Lehrer/-innen genannt. Entsprechend weniger häufig kommt der Begriff im Schulwissen vor.

Die Begriffe ‚Koalition‘ und ‚Bundesregierung‘ beziehen sich mehr auf ein Fachkonzept ‚Regieren‘. Von Studierenden und Schüler/-innen wird es wiederum häufig mit ‚Parteien‘ in Verbindung gebracht. Parteien ermöglichen bzw. sind unabdingbar für die Regierungs- und Koalitionsbildung. Der Zusammenhang ist insofern gegeben, aber der vorrangige Blickwinkel bzw. die fachlich eindeutige Zu- und Unterordnung ist in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu diskutieren. Ein weites Verständnis kann zu Misskonzepten und unberechtigten Erwartungen führen. Die Frage, inwieweit Misskonzepte die Parteienverdrossenheit fördern, ist bisher nicht untersucht.

Die Hervorhebung der Parteien in der ‚Verfassung‘ wird von Schüler/-innen nicht gesehen. Die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen mit Hilfe von Parteien ist geschützt, wenn auch die Funktionen der Parteien einem ständigen Wandel unterliegen. Insofern ist verständlich, dass die Polity-Dimension bei Professoren/-innen und Lehrer/-innen mehr Beachtung findet. Vergleichbare Ergebnisse zeigt der Begriff ‚Parteiengesetz‘, der ebenso zur Polity-Dimension gehört und zu interpretieren ist. Fraglich ist, warum die beiden Begriffe kaum Eingang in das Schulwissen gefunden haben.

Anders zu interpretieren sind die Ergebnisse zum Begriff ‚Parteivorsitzender‘. Wenngleich keine signifikanten Gruppenunterschiede vorliegen, fällt die geringe Nennung bei Professoren/-innen auf. Dieser Begriff hat keine zentrale Bedeutung in der Parteienforschung, wenn er auch gut zu einem personenbezogenen Politikverständnis passt. Fraglich ist, ob Schüler/-innen aus diesem Grund den Begriff nennen.

Die Interpretationen sind erste Annäherungen an eine bisher unerforschte Thematik. Ob tatsächlich ein wenig klares und möglicherweise unvollständiges Begriffswissen durch den Unterricht vermittelt wird, kann auf der Basis dieser Studie nicht geklärt werden. Zwar weisen die Ergebnisse zweier weiterer Assoziationstests in diese Richtung (Weißeno, Götzmann & Eck, 2008a und 2008b), doch lässt diese Methode allein keinen gesicherten Rückschluss auf die Praxis zu, da hier das Weltwissen nicht getrennt von dem im Unterricht vermittelten Wissen erhoben wird. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass das Schulwissen in allen Punkten fachdidaktischen Ansprüchen genügt, muss der Befund gleichwohl in Folgestudien genauer untersucht werden. Hierzu eignen sich Interventionsstudien und Wissenstests genauso wie Concept Maps.

3. Kategorien

Um die assoziierten Begriffe dennoch einer quantitativen inhaltlichen Analyse zugänglich zu machen, wurde durch die Forschergruppe ein System von sechs Kategorien entwickelt. Sie sollen spezifische Fachinhalte durch Zusammenführung von Wissenselementen bündeln.

1.) Funktionen

Die Kategorie beschreibt die allgemeinen Aufgaben von und Anforderungen an sowie die Funktionserfüllung durch Parteien.

2.) Leistungen

Die Kategorie erfasst Begriffe, die sich beziehen auf die Konflikt- und Konsensbildung in der Gesellschaft, die Bestellung öffentlicher Ämter und die Konkurrenz der Parteien im politischen System.

3.) Binnenstruktur

Die Kategorie beinhaltet die demokratische innerparteiliche Organisation.

4.) Parteiensystem

Die Kategorie beschreibt und klassifiziert das System der Vielfalt der Parteien, die Organisationsformen und die Ziele auf einzelnen Politikfeldern.

5.) Mitglieder- und Wähleridentifikation

Die Kategorie beschreibt den Grad und die Mittel der Bindung an die Parteien, die durch die Interessenrepräsentation wie auch die Stimmen-/Mitgliedermaximierung erfolgt.

6.) Nicht klassifizierbare Begriffe

Diese Kategorie umfasst Begriffe,

- die sich nicht in den Bereich der Parteien einordnen lassen,
- die sich aufgrund mehrerer Bedeutungen nicht eindeutig zuordnen lassen,
- die unpolitisch sind.

Die Zuordnung der 187 Begriffe zu den sechs Kategorien erfolgte zudem durch zwei unabhängige Rater. Die Kodierung ist gelungen und die Experteneinschätzung ist gut. Man konnte das Kodiersystem auf die Daten anwenden. Die signifikanten Kappa-Werte lauten insgesamt wie folgt: Vorlage ↔ Rater 1: .87, Vorlage ↔ Rater 2: .92 und Rater 1 ↔ Rater 2: .79.

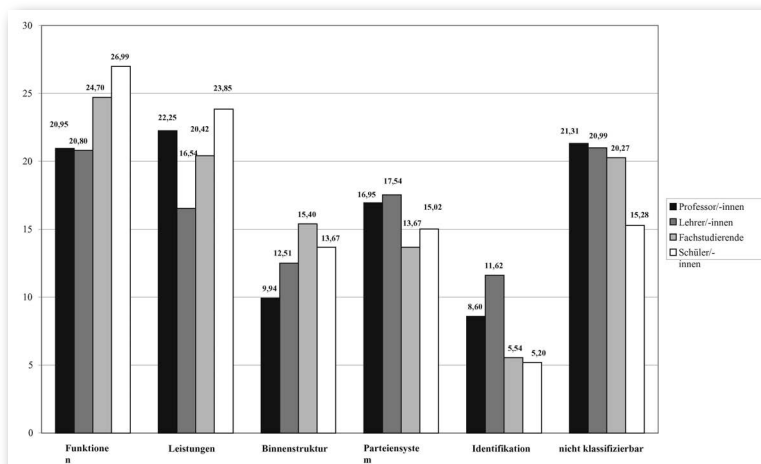
Eine statistische Varianzanalyse ergibt nur für die Kategorie ‚Mitglieder- und Wähleridentifikation‘ einen weiteren Aufschluss. Der F-Test ist signifikant (F

Tabelle 3: Kategoriensystem

Kategorie	Anzahl der Begriffe	Beispielbegriffe
Funktionen	33	Bundesregierung, Integrationsfunktion, Kommunikation
Leistungen	32	Interessenkonflikt, Kultur, politische, Parteienkritik
Binnenstruktur	27	Mitgliederschwund, Parteienfinanzierung, Parteytypologie
Parteiensystem	32	Parteienvielfalt, Rathausparteien, Verfassungsrang
Mitglieder- und Wähler-Identifikation	21	Werthaltung, Personalisierung, Parteiinteressen
Nicht klassifizierbare Begriffe	42	Partikularinteressen, Politiker, Schließung, soziale

= 4,097; $p = .009$) und im Einzelvergleich (Posthoc, Scheffé) nennen Lehrer/-innen etwas mehr Begriffe als Schüler/-innen und Studierende. Professor/-innen unterscheiden sich dabei von keiner der anderen Gruppen. Insgesamt führt die statistische Analyse der Kategorien zu wenigen Ergebnissen.

Abbildung 1: Verteilung der assoziierten Begriffe (in Prozent) auf die Hauptkategorien, getrennt für die einzelnen Gruppen



4. Unterschiede zwischen und innerhalb der Expertisegruppen

Zu prüfen ist, inwieweit eine Übereinstimmung innerhalb der Gruppen vorliegt. Als Maß für die Homogenität dient die prozentuale Übereinstimmung der tatsächlich genannten Begriffe mit den zwanzig häufigsten. Zunächst wird für jeden Probanden und jede Probandin berechnet, wie viel Prozent der genannten Begriffe zu den zwanzig häufigsten gehören. (Stracke 2004) Beispiel: Aus der prozentualen Übereinstimmung der Einzelpersonen wird für jede Gruppe die gesamte Übereinstimmung mit der „Top-20“-Liste ermittelt.

Tabelle 4: Prozentuale Übereinstimmung für die einzelnen Gruppen mit den zwanzig häufigsten Begriffen

Expertisegruppe	Prozentuale Übereinstimmung (Standardabweichung in Klammern)	
Professor/-innen	42,91 %	(0,17)
Lehrer/-innen	38,28 %	(0,14)
Fachstudierende	64,27 %	(0,15)
Schüler/-innen	63,97 %	(0,14)
Insgesamt	53,22 %	(0,19)

Die Werte zeigen, dass der Homogenitätswert von Professor/-innen und Lehrer/-innen deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 53,22% liegt. Schüler/-innen und Studierende liegen darüber. Der F-Wert ($F = 20,160$; $p = .000$) ist sehr groß, sodass der Test hochsignifikant ausfällt. Insgesamt unterscheiden sich die Gruppen sehr stark in ihrer Homogenität. Die von Professor/-innen und Lehrer/-innen genannten Begriffe sind viel weniger homogen und damit breiter gefächert als die von Schüler/-innen und Studierenden (Posthoc, Scheffé). Diese nennen also viel öfter Begriffe, die zu den 20 häufigsten gehören.

Tabelle 5: Durchschnittliche Anzahl der genannten Begriffe nach Expertisegruppen

Expertisegruppe	Durchschnittliche Zahl der genannten Begriffe (20 freie Plätze) (Standardabweichung in Klammern)	
Professor/-innen	13,52	(4,04)
Lehrer/-innen	14,85	(3,60)
Fachstudierende	11,36	(2,98)

Schüler/-innen	11,11	(2,18)
Insgesamt	12,57	(3,54)

Die Anzahl der assoziierten Begriffe b gilt als Hinweis auf die Breite der Wissensbasis. In der Varianzanalyse ($F = 7,096$; $p = .000$) unterscheidet sich der mittlere Begriffsumfang deutlich zwischen den Expertisegruppen. Nach der Posthoc/Scheffé-Statistik nennen Lehrer/-innen im Durchschnitt mehr Begriffe als Schüler/-innen und Studierende. Zu der Gruppe der Professor/-innen ist dieser Abstand jedoch zu gering, um signifikant zu sein ($p = .62$). In der Bonferroni-Statistik ist der Unterschied zwischen Professor/-innen und Schüler/-innen aber noch signifikant. Tendenziell nennen also Professor/-innen im Durchschnitt etwas mehr Begriffe als Schüler/-innen, jedoch nicht als Studierende.

Zur Beurteilung des Konsensgrades innerhalb einer Expertisegruppe wird ein sog. Konsenskoeffizient $k = b/B$ berechnet. Dies ist der Kehrwert der Gesamtzahl B aller verschiedenen Begriffe, die von den Personen der gesamten Gruppe genannt werden, und der durchschnittlichen Anzahl b an Begriffsnennungen pro Gruppe (Stracke 2004).

Tabelle 6: Werte des Konsenskoeffizienten k für die Expertisegruppen

Expertisegruppe	Konsenskoeffizient (Standardabweichung in Klammern)	
Professor/-innen	0,111	(0,033)
Lehrer/-innen	0,125	(0,030)
Fachstudierende	0,144	(0,038)
Schüler/-innen	0,156	(0,031)
Insgesamt	0,135	(0,037)

Auch hier ist das Ergebnis hochsignifikant ($F = 9,891$, $p = .000$). Insgesamt unterscheiden sich die mittleren Konsenskoeffizienten der verschiedenen Expertisegruppen somit deutlich voneinander. Nach der Posthoc/Scheffé-Statistik zeichnen sich Professor/-innen im Mittel durch einen deutlich niedrigeren Konsens aus als Schüler/-innen und Studierende. Der Konsenswert von Lehrer/-innen liegt signifikant unter dem von Schüler/-innen, allerdings nicht unter dem von Studierenden. Zwischen Lehrer/-innen und Professor/-innen sowie zwischen Schüler/-innen und Studierenden sind keine signifikanten Unterschiede ersichtlich.

5. Fazit

Die Untersuchung liefert einige interessante Befunde. Bei der Anzahl der genannten Begriffe zeigen sich zum einen zu erwartende Experten-Novizen-Effekte. Expert/-innen nennen mehr bzw. andere Begriffe als Novizen. Novizen orientieren sich an Bezeichnungen, Erscheinungen, Diskussionen in den Medien (Oberflächenstruktur), Expert/-innen mehr an Oberbegriffen (Tiefenstruktur) (vgl. Rothe & Schindler, 1996). Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind beachtlich, aber auch die zu erwartende geringere Homogenität bei den Professor/-innen. Es bestätigen sich damit die Ergebnisse anderer Assoziationsstudien aus dem Bereich Naturwissenschaften (Stracke 2004). Die andererseits teilweise auftretenden Übereinstimmungen in den Nennmustern von Begriffen bei Lehrer/-innen und Schüler/-innen deuten auf ein Schulwissen hin. Die Wissensentwicklung hat sich hier bei beiden Gruppen angenähert. Eine tentative Erklärung ist, dass das Handlungsfeld Schule einen stärkeren Einfluss ausübt als die Zugehörigkeit zur Gruppe der Expert/-innen oder Novizen. Fachlich zentrale Begriffe sind dort nicht immer aufgenommen oder anders rezipiert worden. Das Wissen spiegelt möglicherweise die Organisation des Professionswissens in Schulbüchern und Kerncurricula wider. Insofern bestehen gelegentlich unterschiedliche Auffassungen zwischen Professor/-innen und Lehrer/-innen über den Aufbau und die Einteilung der Domäne.

Es ist Aufgabe der Politikdidaktik, auf solche Diskrepanzen aufmerksam zu machen und gleichzeitig empirisch gestützte Anregungen für die Entwicklung von Begriffsfeldern in den Kerncurricula zu geben. Begriffsmodelle sind notwendig zur Wissensdiagnose in Leistungstests und Vergleichsarbeiten, aber auch bei der Bewertung von Lernaufgaben im alltäglichen Unterricht. Sie erfassen den Zusammenhang zwischen einzelnen Wissens-elementen und damit vernetztem Wissen. Begriffsmodelle sind für die Schüler/-innen wichtig, denn (Fach-)Begriffe sind nicht allein „Vokabeln“ oder „Lernwörter“ eines Wissensgebietes, sondern Bestandteil ihrer mentalen Modelle. Die Entwicklung einer *Civic Literacy* geschieht über Begriffe. Basis- und Fachkonzepte können auf diese Weise strukturiert werden. Basiskonzepte haben die Leitideen oder Ziele der Politik zu repräsentieren, strukturieren die Domäne Politik, entsprechen aber keiner politikwissenschaftlichen systematischen Einteilung. Es müssen vielmehr wenige Begriffe sein, die nach politikdidaktischen Gesichtspunkten ausgewählt sind und eine sinnvolle fachliche Grobstrukturierung ergeben. Basiskonzepte werden dann über Fachkonzepte (z.B. Parteien, Wahl, Demokratie) weiter konkretisiert. Die Fachkonzepte lassen sich mehreren oder allen Basiskonzepten zuordnen. Sie können dann durch ein weiteres Begriffsnetz konkretisiert werden. Im zukünftigen Idealfall sollen einmal die tatsächlich vorfindbaren Fähigkeitsgefüge bei Schüler/-innen einzelnen Basis- und Fachkonzepten zu bestimmten Zeitpunkten entsprechen.

Literatur

- Bortz, J. & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler* (4. Auflage). Heidelberg.
- Bybee, R. (1997). Toward an understanding of scientific literacy. In W. Gräber & C. Bolte (Hrsg.), *Scientific Literacy* (S. 37-68). Kiel.
- Gruber, H. (2006). Expertise. In: D. H. Rost (Hrsg.), *Handwörterbuch Pädagogische Psychologie* (S. 175-180) (3. Aufl.). Weinheim.
- Patel, V.L. & Groen, G.J. (1991). The general and specific nature of medical expertise: A critical look. In K.A. Ericsson & R.J. Smith (Eds.), *Toward a general theory of expertise* (pp. 92-125). Cambridge.
- Richter, D. (2006). Civic Literacy, reading literacy – gibt es auch eine „politische Lesekompetenz“? In: GPJE (Hrsg.), *Standards der Theoriebildung und empirischen Forschung in der politischen Bildung* (S. 57-65). Schwalbach/Ts.
- Rothe, H. J. & Schindler, M. (1996). Expertise und Wissen. In: H. Gruber & A. Ziegler (Hrsg.), *Expertiseforschung. Theoretische und methodische Grundlagen* (S. 35-57). Opladen.
- Stracke, I. (2004). Einsatz computerbasierter Concept Maps zur Wissensdiagnose in der Chemie. *Empirische Untersuchungen am Beispiel des Chemischen Gleichgewichts*. Münster.
- Weißeno, G., Eck, V. & Götzmann, A. (2008a). Sozialpolitik als Fachkonzept einer Civic Literacy – Ergebnisse eines Assoziationstests. In G. Weißeno (Hrsg.), *Politikkompetenz. Was Schule zu leisten hat* (S. 265-283). Wiesbaden.
- Weißeno, G., Götzmann, A. & Eck, V. (2008b). Assoziationstest zum Begriff Kommunalpolitik – empirisch gestützte Analyse eines Fachkonzepts der Politik. In: G. Weißeno (Hrsg.), *Gemeinschaftskunde unterrichten* (S. 105-124). Schwalbach/Ts.
- Weißeno, G. (2008c). Politikkompetenz – neue Aufgaben für Theorie und Praxis. In: G. Weißeno (Hrsg.), *Politikkompetenz. Was Schule zu leisten hat* (S. 10-19). Wiesbaden.